Zeitschrift: PS-Info : Neues von Pro Senectute Schweiz
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: - (2003)
Heft: 3

Artikel: Langlebigkeit fordert neue Lösungen
Autor: Seifert, Kurt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-788073

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Langlebigkeit fordert neue Lösungen

Auf dem schweizerischen Sorgenbarometer steht die Altersvorsorge derzeit an erster Stelle. Wie geht es weiter mit dem Dreisäulensystem? Pro Senectute plädiert dafür, den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu stärken.

Die Wahlen zum eidgenössischen Parlament am 19. Oktober prägen gegenwärtig die politische Debatte in unserem Land. Dabei hat sich ein Thema herauskristallisiert, das sehr viele Menschen in der Schweiz beschäftigt: die Zukunft des Dreisäulensystems der Altersvorsorge. Wie lässt sich dieses System so sichern, dass auch die heute beruflich Aktiven sowie die nachfolgenden Generationen noch einen Nutzen davon haben werden? Neueste Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in die AHV geschwunden ist: 68 Prozent der berufsaktiven Generation glauben, selbst einmal eine AHV-Rente beziehen zu können – im Jahr 2002 waren es noch 73 Prozent.

Flexibles Rentenalter – nicht nur für Wohlhabende

Doch nicht nur die Zukunftsfähigkeit der AHV steht in Frage. Um einiges problematischer stellt sich die Situation der beruflichen Vorsorge dar. Nach dem Ende des Börsenbooms der Neunzigerjahre sind viele Pensionskassen in Unterdeckung geraten – d.h., sie können ihre künftigen Verpflichtungen mit den vorhandenen Reserven nicht mehr vollständig einhalten. Deshalb schlägt der Bundesrat einen Massnahmenkatalog vor, der beispielsweise zusätzliche Beiträge von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Rentnern beinhaltet.

Kleine Fortschritte

Verschiedene Versicherungsgesellschaften, die im Pensionskassengeschäft tätig sind, haben bereits die Prämien für die zweite Säule erhöht bzw. wollen die Leistungen an die künftigen Rentnerinnen und Rentner verringern. Angesichts dieser Lage fordert das Parlament mehr Transparenz in der zweiten Säule: Die Pensionskassen sollen beispielsweise die Kosten offenlegen, die sie den Versicherten belasten. Umstritten ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Regeln. Der Nationalrat plädiert für eine rasche Lösung, während sich der Ständerat bislang als Bremser betätigte.

Eine Mehrheit beider Kammern hat sich dafür ausgesprochen, die zweite Säule im Rahmen der 1. Revision des Bundesgesetzes zur beruflichen Vorsorge (BVG) schrittweise auch für Bezügerinnen und Bezüger kleinerer Einkommen zu öffnen. Dies betrifft vor jene rund 35 Prozent berufstätigen Frauen, die heute noch nicht bei einer Pensionskasse versichert sind.

Wahlfreiheit ermöglichen

Die 11. AHV-Revision steht kurz vor dem Abschluss. Aus der Sicht von Pro Senectute wird entscheidend sein, welche Position das Parlament bei der Frage nach der sozialen Abfederung der Frühpensionierung von Männern und Frauen mit geringen Renten einnimmt. Der Nationalrat hat sich für einen Betrag von 400 Millionen ausgesprochen, um die vorzeitige Pensionierung von Angehörigen niederer Lohngruppen zu erleichtern. Diese sind vielfach von physisch oder psychisch anstrengenden Arbeitsverhältnissen ausgelaugt und leben im Durchschnitt auch weniger lang als gut qualifizierte und besser bezahlte Personen.

Die Mehrheit des Ständerates wollte von einer solchen Lösung bislang nichts wissen. In der jetzt laufenden Herbstsession der eidgenössischen Räte wird sich zeigen, ob ein Weg gefunden wird, auch den finanziell weniger gut Gestellten die Wahl zu ermöglichen, zwischen Arbeit bis zum Rentenalter und Frühpensionierung zu entscheiden. Jene, die es sich leisten können, wählen in vielen Fällen einen vorzeitigen Ausstieg aus der Arbeitswelt. Die anderen müssen eben durch-

halten. Gelingt ihnen dies nicht, werden sie arbeitslos oder invalid. Die vom Nationalrat bewilligten 400 Millionen Franken wären ein keineswegs überrissener Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit in unserem Land.

Rentenalter 67?

Im Departement von Bundespräsident Pascal Couchepin werden die Weichen für die Zukunft allerdings anders gestellt. Vorgesehen ist eine Erhöhung des Rentenalters für Männer und Frauen auf 67 Jahre. Begründung: Nur so lasse sich das System der Altersvorsorge auch in Zukunft finanzieren. Zudem seien viele Menschen in diesem Alter durchaus noch fitt und arbeitsfähig. Die Frage ist nur, ob die Unternehmen überhaupt ein Interesse an älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben. Umfragen und Untersuchungen zeigen ein Bild, das nicht so recht in die Pläne des Sozialministers zu passen scheint: So kommen über 50-Jährige viel seltener als junge Berufstätige in den Genuss von Weiterbildung.

Eine Studie im Rahmen des vom Departement des Innern lancierten Forschungsprogramms «Zukunft der Alterssicherung» hat ergeben, dass grosse Firmen wieder – wie in den Neunzigerjahren – zum Mittel der Frühpensionierung greifen würden, falls sie aus konjunkturellen Gründen ihre Belegschaften verkleinern müssten. Allerdings stünde für solche Massnahmen dann weniger Geld als früher zur Verfügung.

Wegen der zunehmenden Alterung der Bevölkerung werde das heutige System der Altersvorsorge unbezahlbar, lautet eine heute gängige Argumentation. Es lässt sich nicht bestreiten, dass die demographische Entwicklung die Gesellschaft vor neue, bislang noch unbekannte Herausforderungen stellt. Die entscheidende Frage dabei ist, ob wir uns Lösungen vorstellen können und zutrauen, die den erreichten Stand sozialer Entwicklung zumindest halten – oder ob wir davon ausgehen, dass dieser gesellschaftliche Standard abgebaut werden muss. Angesichts des vorhandenen materiellen Reichtums in unserem Land wirkt die Behauptung, es reiche nicht mehr für alle, ziemlich zynisch.

Zyniker behaupten, es reiche nicht mehr für alle

Chance – nicht Bedrohung

Die heute sich abzeichnende «Gesellschaft des langen Lebens» sollte als Chance und nicht als Bedrohung wahrgenommen werden. Konflikte zwischen den Generationen und ihren jeweiligen Interessen sind dabei keineswegs ausgeschlossen. Das heisst aber nicht, dass wir vor einem «Kampf der Generationen» stünden, wie gelegentlich behauptet wird. Gesucht sind Lösungen, die den Zusammenhalt ermöglichen – denn eine Gesellschaft, die beispielsweise ihre «Alten» ins Ghetto befördern würde, müsste dies mit einem Verlust an Mitmenschlichkeit bezahlen.

kas

Gesundheit im Alter – zu teuer?

Der Kostenanstieg im Gesundheitswesen sei «explosiv» – und dieser Vorgang hänge mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung zusammen: Solche und ähnliche Behauptungen sind immer wieder zu hören, entsprechen jedoch nicht der Wirklichkeit. Eine neue Untersuchung des Bundesamtes für Statistik zeigt, dass der Kostenanstieg in den vergangenen 40 Jahren stetig verlaufen ist und der Entwicklung der sozialen und individuellen Ansprüche an die Lebensqualität entspricht. Die Wirkung des demographischen Faktors hingegen ist begrenzt. Für die Kostensteigerung entscheidender sind die wachsende Spezialisierung und Technisierung des Gesundheitswesens, die zunehmende Anzahl privat praktizierender Ärzte und Ärztinnen sowie das Angebot neuer und kostspieliger Medikamente.